

Wossische Zeitung



Verlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3609-3605, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: nur-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: nur-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: nur-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: nur-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anzahl] . Nr 621

MITTWOCH, 28. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Die Zermürbung der S.M. Die zarte Pflanze

Mitteldeutsche Trupps spielen nicht mehr mit

Von DR. CURT HOFF

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
HALLE A. S., 27. DEZEMBER

Die Krise und Zermürbung in der S.M. geht tiefer, als nach außen hin sichtbar war. Aus Mitteldeutschland häufen sich Meldungen, nach denen sich die S.M.-Führung gegenwärtig sehr, die ihmzeitige Stärke der Stämme und Sturmabteilungen erheblich niedriger einzuschätzen. Die S.M. bisher das feste Fundament der Bewegung, ist zur Zeit völlig gelähmt und aktionsunfähig. Niemandem vorher war die Verdroßtheit und Gleichgültigkeit so groß wie jetzt. Der Gegenpol zwischen S.E. und S.M. tritt immer stärker hervor. Die S.M.-Kreise verzeichnen vielfach den Dienst oder erscheinen ganz einfach gar nicht.

In der ersten Zeit hat die S.M.-Zeitung geglaubt, mit Energie durchgreifen zu können und hat die Zeitschrift aus der S.M. und aus der Partei ausgeschlossen. Jetzt tritt man schon viel

leider auf. Der Sturm 31 (Weißens-Graben) hatte vor vier Wochen noch eine ihmzeitige Stärke von 270 Mann. Jetzt hat die Zeitung einfach 70 Mann freigegeben müssen, da sie nicht mehr zum Dienst erschienen. Man hat aber entgegen früherer Gewohnheit den Vertriebenen die Parteizugehörigkeit belassen.

In Halle hat es zwischen S.E. und S.M.-Kreisen während Stiller Besuch schwere Bräutereien gegeben. Die S.E. und neuerdings auch die Hitlerjugend werden immer unruhiger und misshagiger. Die Ortsgruppen 13 und 14 (Halle und Salsleben) haben letzten Abgang an Mitgliedern zu verzeichnen. In Halle lohnt man sich offen gegen die Abwendung des bisherigen Führers auf. Als Kommissar für den Reichsparteitag feigt aus München eingekauft werden.

Den innerfunktionalen Wärttern von S.M. und S.E.-Kreisen, je selbst von funktionalen höheren Stanges reichhaltiges Material über die zunehmende Zerlegung der Bewegung angeboten. Die Folge davon ist ein wachsendes Mißtrauen in den eigenen Reihen und eine allgemeine Unsicherheit.

Das Vertrauen ist eine zarte Pflanze. Von dem gegenwärtigen Führer der Deutschnationalen Volkspartei wird man das nicht beaupten können.

Unbeseitigt, so wird der Feind fragen, was hat das eine mit dem andern zu tun? An und für sich nicht viel. Seit einigen Tagen aber doch, und zwar deswegen, weil an der letzten Pflanze des Vertrauens die Früchte des Rechts müßten, und weil sich mit diesen Früchten der Führer der Deutschnationalen Volkspartei verknüpft in höchst unangenehme Weise befestigt hat. Die Nachrichten darüber, wie er das getan, gehen allerdings ein wenig auseinander, aber im wesentlichen stimmen sie doch überein. Herr Ziegenberg hat danach eine Reihe von Korrespondenzen amerikanischer Zeitungen zu einem Freischiff eingeladen und ihnen im Anschluß daran seine Meinung über die Verzinsung und Tilgung der deutschen Auslandsschulden gesagt. Man darf vermuten, daß bei den Journalisten durch diese Mitteilungen die Genüsse der Freischiffstafel einigermassen kompensiert worden sind. Denn Herr Ziegenberg erzählt ihnen, daß die deutschen Schuldner in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage wären, ihre Verzinsung und Tilgungspflichten zu erfüllen, und daß die amerikanischen Gläubiger sich infolgedessen darüber klar werden müßten, was ihnen lieber sei, die Aufrechterhaltung des Zinsendienstes oder die Erhaltung ihres Kapitals. Wenn sie das letztere erziehen wollten, dann müßten sie die Zinsen der kurzfristigen Schulden auf 1 1/2 % d. B. herabsetzen. Beseitigt würde er so solchen Zweck natürlich den Weg der Verzinsung, aber wenn nicht, dann müßte die Verabreichung der Zinsen durch „einfeltigen Akt“ erfolgen.

Durch „einfeltigen Akt“ sollte, wie man sich erinnern wird, auch die Konzentrierung der Einfuhr von Agrarprodukten erfolgen. Sie ist bis dato nicht erfolgt, und es scheint so, als ob sie auch in Zukunft nicht erfolgen würde. Die Schlußfolgerung im Wege der Analogie liegt nahe. Im vorliegenden Falle ist es damit aber leider nicht getan.

Denn hier handelt es sich nicht nur um Wirtschaften, sondern ebenso um Meinungen, nicht nur um das, was der Schuldner tut, sondern auch um das, was der Gläubiger denkt. Und dieses Denken, das durch Verweigerung der von Herrn Ziegenberg beliebigen Art in die falsche Bahn gelenkt zu werden droht, auf der richtigen Bahn zu halten, dazu scheint nach Lage der Dinge genügender Anlaß zu sein.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten hat sich bereits vor kurzem über die Schuldfrage geäußert, und hat die öffentlichen die Kriegsschulden, im Auge hatte.

„Ich glaube nicht, das „Reinigt“, so drückt sich Herr Hoover aus, daß jeder Schuldner durch Zuzahlung Zuzahlung zu seinen Gläubigern haben muß, was immer die Möglichkeit haben neue Tatsachen und neue Bemerkungen vorzutragen zu dürfen, und der Gläubiger muß diesen Tatsachen und Bemerkungen immer eine höfliche, sympatische und überlegte Aufmerksamkeit schenken.“

Wehr kann man, den Worten nach, eigentlich nicht verlangen, und die Frage, ob von dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, wenn er in der umgekehrten Lage, nämlich als Vertreter eines Gläubigerlandes, getreten hätte, die gleichen oder ähnliche Worte vornehmen worden wären, kann nicht uninteressant bleiben. Wichtig sind jedoch die Aussagen, die er beifügen konnte, etwa mit der Erklärung, daß er doch schließlich nichts anderes getan habe, als von der Möglichkeit, „dem Gläubiger neue Tatsachen und neue Bemerkungen vorzutragen“, Gebrauch zu machen. Leider aber wird das nicht gehen. Wenn erstens möglich es eben Tatsachen, und zwar neue Tatsachen sein, und zweitens müßten die Bemerkungen nicht nur in Form von Briefen, sondern auch mündlich gemacht sein, den Gläubigern von der Berechtigung dessen, was der Schuldner wünscht, zu überzeugen.

Weber das eine noch das andere ist unbeschwerlich hier der Fall zu sein. Die Höhe der deutschen Auslandsschulden ist gewiss kein neuer Tatbestand, und die Entwidlung unserer Devisenbilanz wäre nur dann als ein solcher anzupreisen, wenn sie sich in der letzten Zeit wesentlich vergrößert hätte. Sie scheint indessen noch für das zweite Halbjahr 1932 mit einem kleinen Saldo zu schließen. Auch das darauf ist es ja auch zurückzuführen, daß das Institut eines Auslandsamtoratoriums vermieden werden konnte. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß auch im nächsten Jahre, sofern nicht neue Reaktionskräfte politischer oder wirtschaftlicher Art eintreten, der Zinsendienst der deutschen Auslandsschulden von der Deutschen Seite erfüllt werden kann. Die Er-

Marmparolen in der Korridorfrage

Was der „Temps“ in der Bendlerstraße gehört haben will

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 27. DEZEMBER

Der Berliner Korrespondent des „Temps“ berichtet heute auf Grund von Informationen aus „militärischen Kreisen in der Umgebung“ des Reichsanzlers von Scheider, daß Deutschland demnächst einen ersten Vorstoß in der Frage der territorialen Bestimmungen des Versailleser Vertrages unternehmen wolle. Man scheint in den Kreisen zu glauben, daß die schwerste dieser Fragen, nämlich das Problem des politischen Korridors, sich für eine einseitige und offizielle Diskussion löse.

Man versteht, daß Frankreich sich daran interessiert sein müßte, auf diese Weise die Sicherheit zu erlangen, nach der es lude. Ein Abkommen mit Deutschland wäre für Frankreich, so erklärt man, die sicherste Garantie. Dieses Abkommen könne es nur dann erhalten, wenn es dem Staatsoberhaupt zur Verfügbung seiner Forderung, zur Sicherung seiner Lebensbedingungen verheißt. Man belerne übrigens in diesen der Regierung nachstehenden Militärführern, daß man Europa zum Ziel habe, die „mehr als je notwendige europäische Ordnung“.

In der nächsten Umgebung des Reichsanzlers, heißt jedenfalls der Berichterstatter des „Temps“ fest, versteht man, daß der

Reichsanzler die Ansicht habe, die Deutscher Verhältnissenkonferenz zu übererfahren und die Frage der Revision der territorialen Vertragsbestimmungen in dem Angebotsfeld ins Auge zu bringen, in dem andere Mächte die Frage der Sicherheit anstellen werden. Er gebe sich dabei keinen Illusionen über die unmittelbaren Aussichten eines solchen Vorstoßes hin, halte es aber für günstig, daß dadurch die Geister in Bewegung gesetzt und zur Stellungnahme gezwungen würden.

*

Der Vorstoß des „Temps“, der gegen die allmähliche Veränderung der Beziehungen zwischen Berlin und Paris gerichtet ist, zeigt nicht viel Vertrauen in die tatsächliche Möglichkeit der „militärischen Streife in der Umgebung“ des Reichsanzlers und läßt jede Eleganz der Methode vermissen. Der politische Zweck ist zu durchsichtig. Der französisch-polnische Selbstliebe soll immer wieder der Standes erbracht werden, daß jedes Entgegenkommen nur den deutschen Appetit reizt. Diese Taktik dient weder der französischen Sicherheit noch der europäischen Ordnung, sondern erhält nur die Atmosphäre des Mißtrauens, deren Unschärftbarkeit schon allzu deutlich erwiesen ist.

Grufter Kampf um Österreich-Anleihe

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 27. DEZEMBER

Die Finanzkommission der Kammer hat heute nachmittags gegen den stärksten Widerstand der Rechten mit 12 gegen 6 Stimmen den Gesetzentwurf über die österreichische Finanzhilfe angenommen. Die auswärtige Kommission hingegen stimmte dem Gesetzentwurf mit allen gegen nur eine Stimme zu.

Für die Widerstände in der Finanzkommission ist es bezeichnend, daß niemand die Verzichtserklärung über den Gesetzentwurf im Plenum der Kammer übernehmen wollte. Auch die verschiedenen Abgeordneten des Antrags abgelehnt hatten, nahm schließlich der Finanzkommissionar der Radikalen, der Abgeordnete Lamoureux, den Auftrag an, für die auswärtige Kommission wird der jugendaltäre Abw. Wienot den Bericht im Plenum erstatten.

Die Debatte im Plenum der Kammer über die österreichische Anleihe ist auf morgen, wahrscheinlich sogar auf übermorgen verlagert worden.

wäre. Die österreichische Regierung habe trotz allen Bemühungen der französischen Außenpolitik in Wien noch nicht einmal fest zugesagt, daß sie für die nächste Zeit den Zinsendienst für die Anleihe abzugeben, für die Frankreich mitbietet, leisten würde, auch wenn Österreich die in Kaufnahme beschlossene neue Finanzhilfe bestimme. Zudem sprächen politische Momente gegen die Notifizierung. In Wien warte schon wieder der „allbeutische“ Dr. Wintelen darauf, den Bundeskanzler Dollfus im Amt abzulösen. Dollfus würde nur so lange im Amt bleiben, bis die neue Finanzhilfe fertig sei. Dann würde wieder ein ausgegrenzter antinationalistischer Sturz in Wien eintreten. Der „Antennensignale“ sagt noch deutlicher: Wenn die Sache in Wien so fände, daß Frankreich mit den 350 Millionen Franken die „Anleihegefahr“ beseitigen soll, dann würde man dem Anstich doch nicht weh ergehen können.

Für die österreichische Finanzhilfe trifft es sich besonders ungünstig, daß sie mitten in die schwierigsten inneranzschlischen Finanzkalamitäten fällt.

WIEN, 27. DEZEMBER

Die Aupons der Internationalen Arbeiterbewegung Österreichs, die am 1. Januar fällig werden, sollen, auch wenn die Notifizierung des Kaufmännischen Anleihebestimmens nicht rechtzeitig vor dem 31. Dezember erfolgt, den Auslandsanleiher in Schilling zurückgegeben werden mit der Zuzahlung, daß sie, wenn die Anleihe einfließen wird, Zahlung in effektiven Dollars erhalten.